Auszug aus der Niederschrift
über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 10.09.2026

Zu TOP: 7.5
Gespräche Mietvertrag Hansedom
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei
Vorlage: kAF 0091/2026

Anfrage:

1. Wie ist der Stand der Gespräche mit dem Hansedom zur Frage der Fortführung des Mietvertrages?
2. Wie ist der Stand des Verfahrens zu einer möglichen Bewilligung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ entsprechend dem Beschluss der Bürgerschaft vom 4. Juni 2026 (B 0029/26)?
3. Wie bereitet sich die Stadtverwaltung auf eine mögliche Sanierung des Hansedoms vor, um den Schulschwimm- und Vereinssport in möglichst umfangreichem Maße aufrecht zu erhalten?

Herr Tuttlies beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.:
Bereits frühzeitig, im Jahr 2024, hat die Verwaltung Gespräche über die Zukunft des HanseDom aufgenommen. Diese Phase war zunächst durch die länger andauernde Erkrankung des damaligen Ansprechpartners auf Seiten der HanseDom Betriebsgesellschaft und in der Folge durch mehrfach wechselnde Ansprechpartner geprägt.

Neue Dynamik erhielten die Gespräche im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Beantragung der Bundesförderung in den Jahren 2025 und 2026. Erstmals konnte ein konstruktiver und zielorientierter Austausch mit Vertretern der Eigentümerseite etabliert werden.

Dieser Dialog wird im Anschluss an die Entscheidung im Fördermittelverfahren weitergeführt und auf dieser Grundlage werden die Gespräche über die zukünftige Entwicklung des HanseDom fortgesetzt.

zu 2.:
Der erste Antrag aus dem Jahr 2025 wurde ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Zwischen der Einreichung des Antrags und der Bekanntgabe der Entscheidung vergingen seinerzeit gut sechs Monate. Unter Zugrundelegung einer vergleichbaren Bearbeitungsdauer ist daher mit einer Information im Dezember zu rechnen. Der aktuelle Antrag wurde von der Hansestadt Stralsund am 18. Juni frist- und formgerecht eingereicht.

zu 3.:
Maßgeblich für alle zu treffenden Entscheidungen ist der Umfang der erforderlichen Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen. Da nach nahezu 30 Jahren des Bestehens des Bades von einer umfassenden Generalsanierung auszugehen ist, ist auch mit größeren Eingriffen in die Bausubstanz sowie in die technische und infrastrukturelle Ausstattung zu rechnen.

Diese Maßnahmen werden voraussichtlich nicht ohne zeitweise Einschränkungen bzw. eine vollständige Schließung des Bades oder einzelner Schwimmbecken umgesetzt werden können. Das Bestreben der Verwaltung ist es, die damit verbundenen Ausfallzeiten und Einschränkungen der Nutzung so gering wie möglich zu halten. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die erforderlichen Arbeiten nicht ausschließlich während der Ferienzeiten

durchgeführt werden können und somit auch außerhalb dieser Zeiten mit Einschränkungen des Badebetriebs zu rechnen ist.

Die vorhandenen Kapazitäten im Umland – einschließlich der Schwimmhalle der Marinetechnikschule in Parow – reichen nicht aus, um das Schul- und Vereinsschwimmen während einer Sanierungsphase vollständig und im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten.

Da der konkrete Umfang der erforderlichen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht hinreichend bestimmt werden kann, ist eine belastbare Aussage zu Dauer, Umfang und konkreten Auswirkungen der notwendigen Einschränkungen derzeit nicht möglich.

Frau Kindler bringt den Gedanken einer weiteren Schwimmhalle ein. Vor dem Hintergrund möglicher Einschränkungen während der Sanierungsphase müsse sich die Bürgerschaft mit der Thematik weiter befassen.

Frau Kothe-Woywode bittet um Auskunft zu Ergebnissen der bisher geführten Gespräche.

Herr Tuttlies teilt mit, dass die Gespräche geführt worden seien, jedoch ohne kontinuierlichen Fluss. Grundsätzlich bestehe Einigkeit über den Willen zur Fortführung des Vertragsverhältnisses. Ebenso sei man sich einig, dass dann Maßnahmen in und am Sportbad durchgeführt werden müssen.
Bezogen auf eine mögliche Förderung erinnert Herr Tuttlies an den hohen finanziellen Aufwand für die Eigenmittel.
Sollte der Antrag zum Förderprogramm nicht positiv beschieden werden, müsse geklärt werden, wie sich beide Seiten beteiligen können, um die erfassten Maßnahmen umzusetzen oder ob es Einsparpotenziale gebe.

Herr Buxbaum erfragt, ob die Thematik Parkplatzbewirtschaftung angesprochen werden konnte.

Herr Tuttlies berichtet, dass die Thematik angebracht worden sei. Es bestehe aber weiterhin Gesprächsbedarf.

Auf Nachfrage von Herrn Hofmann teilt Herr Tuttlies mit, dass die Verwaltung keine Kenntnis vom Besuch einer Delegation im HanseDom habe, die beabsichtige, das Objekt zu kaufen.

Herr Rybka sehe einen Widerspruch darin, dass seitens der Verwaltung der Sanierungsaufwand nach eigener Aussage nicht quantifiziert werde könne. Gleichzeitig sei eine Förderung von 10,5 Mio. € beantragt worden. Sollte der Sanierungsaufwand nicht zu ermitteln sein, bittet er um Auskunft, wie die Hansestadt Stralsund erwarten könne, dass dem Fördermittelantrag stattgegeben werde.

Herr Tuttlies stellt klar, dass nicht gesagt werden könne, in welchem Umfang die Sanierung erfolgen werde. Dies hänge von der Finanzierung und einer möglichen Co-Finanzierung durch die Hansestadt Stralsund oder die Eigentümerin ab.
Die genannten 10,5 Mio. € seien mit einzelnen Maßnahmen konkret hinterlegt.

Herr Philippen berichtet, dass die Varianten und Kosten einer Schwimmhalle im Sportausschuss vorgestellt worden seien. Derzeit könne sich die Hansestadt Stralsund keine Schwimmhalle für 25 Mio. € bis 30 Mio. € leisten. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung sich aktiv mit der Thematik auseinandersetze.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 17.09.2026